

Falk Illing

Die sächsische FDP seit 1990

Auf dem Weg zur etablierten Partei?



Springer VS

Die sächsische FDP seit 1990

Falk Illing

Die sächsische FDP seit 1990

Auf dem Weg zur etablierten Partei?

Falk Illing
Chemnitz, Deutschland

Zugl. Dissertation an der TU Chemnitz, 2011

Diese Publikation wurde gefördert durch die Wilhelm-Külz-Stiftung, Radeberger Straße 51, 01099 Dresden.

ISBN 978-3-658-04656-9

ISBN 978-3-658-04657-6 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-658-04657-6

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2015

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.
www.springer-vs.de

Meinen Eltern

Danksagung

Es gibt wohl kaum eine wissenschaftliche Arbeit, bei der der Autor so auf die Unterstützung von Freunden und Institutionen angewiesen ist, wie eine Dissertation. Es mag sein, dass die Idee schnell gefunden ist. Doch bis zum Abschluss ist es ein weiter Weg. Am Anfang dieses Weges steht mein geschätzter und hochverehrter Doktorvater, Prof. Dr. Eckhard Jesse, von der Professur Politische Systeme und Politische Institutionen an der TU Chemnitz. Es gibt wenige Menschen, denen ich so viel zu verdanken habe wie Eckhard. Nicht allein in den Jahren der Promotion, sondern bereits zuvor und auch danach hat er mich – und zahlreiche andere Studenten – unterstützt und gefördert. Sein Credo „Schreibe und lebe!“ hilft nicht allein, die Herausforderungen bis zum Abschluss der Dissertation zu bestehen, sondern es ist ein Motiv, mit dem jegliche nachfolgende wissenschaftliche Leistung erbracht werden kann. Um den Weg bis zur Fertigstellung der Dissertation bestreiten zu können, ist jedoch nicht nur eine ideelle, sondern ebenso eine materielle Förderung notwendig. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat es mir – genauso wie vielen anderen Promovenden – ermöglicht, Zeit zu finden und Zeit zu nehmen, um die Gedanken zu Papier zu formen. Die Friedrich-Naumann-Stiftung war darüber hinaus stets eine Stätte der Zusammenkunft und des Austausches, die alle frei denkenden Menschen willkommen heißt. Der letzte Schritt ist die Verlegung des Buches. Meine Erkenntlichkeit gilt der sächsischen Wilhelm-Külz-Stiftung in Dresden, die mich dabei unterstützt hat. Ganz herzlich bedanken möchte ich mich vor allem beim Parlamentarischen Staatssekretär a. D. Jan Mücke, der bei der Verlegung des Buches ebenfalls mitwirkte. Schließlich möchte ich all jenen danken, die in den Arbeitskreisen, Besprechungen, Kolloquien und Seminaren von Universität und Stiftung Kritik übten. Sie alle haben ihren Anteil an der Fertigstellung dieses Buches. Eventuelle Fehler gehen allein auf mich.

Chemnitz, Mai 2014

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	13
1. Einleitung	15
1.1. Untersuchungsgegenstand	15
1.2. Problemstellung	16
1.3. Forschungsstand	17
1.4. Aufbau	21
2. Theoretischer Bezugsrahmen	25
2.1. Parteidefinition	25
2.2. Etablierte und nicht-etablierte Parteien im politischen System der Bundesrepublik	29
2.2.1. Abgrenzung etablierter von nicht-etablierten Parteien.....	29
2.2.2. Abgrenzungen des Konzeptes der Parteietablierung vom Konzept der Kleinpartei	33
2.2.3. Etablierte und nicht-etablierte Parteien im politischen Mehrebenensystem	34
2.3. Kriterien und Bedingungen der Parteietablierung.....	35
2.3.1. Konzepte der Parteietablierung	35
2.3.2. Prüfkriterien	38
3. Die LDP(D) im Blockparteiensystem der DDR	47
3.1. Gründung und Widerstand gegen den Hegemonialanspruch der SED.....	47
3.2. Auflösungstendenzen und Neuformierung	50
3.3. Integration in das Blockparteiensystem der DDR.....	51
4. Die Formierung der FDP im Transformationsprozess 1989/90.....	57
4.1. Die LDPD in der Staatskrise der DDR	57
4.2. Die Formierung liberaler Konkurrenz	59
4.2.1. Die Deutsche Forumpartei - DFP	59
4.2.2. Die Freien Demokraten der Republik: FDP der DDR	62
4.3. Der Sonderparteitag der LDPD am 9./10. Februar	63
4.4. Der Bund Freier Demokraten - BFD	65
4.5. Der Vereinigungsprozess nach der Volkskammerwahl	67
5. Die Gründung der FDP Sachsens aus den den Verbänden der LDP, DFP und FDP der DDR	71
5.1. LDP	71
5.2. DFP	72
5.3. FDP der DDR	73
5.4. Die Parteienfusion in Sachsen	74

6. Erste Legislaturperiode 1990 - 1994	79
6.1. Die Landtagswahl vom 14. Oktober 1990	79
6.2. Organisation	84
6.3. Programmatik.....	87
6.4. Strategie	93
6.4.1. Strategie in der Gesellschaft.....	93
6.4.2. Strategie im Parlament	102
6.5. Fazit 1990 - 1994	106
7. Zweite Legislaturperiode 1994 - 1999	111
7.1. Die Landtagswahl vom 11. September 1994	111
7.2. Organisation.....	116
7.3. Programmatik.....	117
7.4. Strategie in der Gesellschaft.....	120
7.5. Fazit 1994-1999	132
8. Dritte Legislaturperiode 1999 - 2004	135
8.1. Die Landtagswahl vom 19. September 1999	135
8.2. Organisation	139
8.3. Programmatik.....	140
8.4. Strategie in der Gesellschaft.....	143
8.5. Fazit 1999 - 2004	150
9. Vierte Legislaturperiode 2004 - 2009	153
9.1. Die Landtagswahl vom 19. September 2004	153
9.2. Organisation	158
9.3. Programmatik.....	160
9.4. Strategie	164
9.4.1. Strategie in der Gesellschaft.....	164
9.4.2. Strategie im Parlament	172
9.5. Fazit 2004-2009	176
10. Fünfte Legislaturperiode seit 2009	179
10.1. Die Landtagswahl vom 30. August 2009.....	179
10.2. Programmatik.....	182
10.3. Strategie	184
10.3.1. Strategie in der Gesellschaft.....	184
10.3.2. Strategie im Parlament	187
10.4. Fazit	188

11. Wahlanalytische, organisatorische, programmatische und strategische Etablierung .191

11.1. Wahlanalyse	191
11.2. Organisatorische Etablierung	197
11.3. Programmatische Etablierung.....	200
11.4. Strategisches Verhalten	206
11.6. Konklusion.....	211

Bibliografie.....213

Primärquellen.....	213
Selbstständig erschienene Literatur	215
Unselbstständig erschienene Literatur.....	222
Internetquellen	227

Abkürzungsverzeichnis

ABM	– Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
ADL	– Archiv des Liberalismus
BaföG	– Bundesausbildungsförderungsgesetz
BfB	– Bund freier Bürger
BFD	– Bund Freier Demokraten
BPT	– Bundesparteitag
BVV	– Bundesvertreterversammlung
CDU	– Christlich Demokratische Union Deutschlands
DA	– Demokratischer Aufbruch
DM	– Der Morgen
DP	– Deutsche Partei
DPD	– Demokratische Partei Deutschlands
DNN	– Dresdner Neueste Nachrichten
Drs.	– Drucksache
DSU	– Deutsche Soziale Union
DT	– Der Tagesspiegel
DVU	– Deutsche Volksunion
DWK	– Deutsche Wirtschaftskommission
FDP	– Freie Demokratische Partei
FNSfF	– Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
FP	– Freie Presse
FPÖ	– Freiheitliche Partei Österreichs
FR	– Frankfurter Rundschau
IFM	– Initiative für Frieden und Menschenrechte
IHK	– Industrie- und Handelskammer
KPD	– Kommunistische Partei Deutschlands
MfS	– Ministerium für Staatssicherheit
LBBW	– Landesbank Baden-Württemberg
LDPD	– Liberaldemokratische Partei Deutschlands
LDP	– Liberaldemokratische Partei
LPT	– Landesparteitag
LR	– Lausitzer Rundschau
LTW	– Landtagswahl
LVV	– Landesvertreterversammlung
NDPD	– National-Demokratische Partei Deutschlands
NPD	– Nationaldemokratische Partei Deutschlands
PIPr.	– Plenarprotokoll
PDS	– Partei des Demokratischen Sozialismus
SMAD	– Sowjetische Militäradministration Deutschland
SBZ	– Sowjetische Besatzungszone
SED	– Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SLB	– Sächsische Landesbank
SPD	– Sozialdemokratische Partei Deutschlands

- SZ – Sächsische Zeitung
- TA – Thüringer Allgemeine
- TS – Tagesspiegel
- WKS – Wilhelm-Külz-Stiftung
- ZVS – Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen

1. Einleitung

1.1. Untersuchungsgegenstand

Die Entwicklung der Freien Demokratischen Partei in Sachsen seit 1990 ist ein Prozess, der durch Erfolge und Rückschläge gekennzeichnet ist. Nach anfänglichen Wahlerfolgen 1990 und dem Einzug in das neu gewählte sächsische Landesparlament scheiterte die Partei in den darauf folgenden zwei Legislaturperioden an der Fünf-Prozent-Sperrklausel. Damit war der FDP in Sachsen für lange Zeit die Möglichkeit verwehrt, durch parlamentarische Oppositionsarbeit oder Regierungsbeteiligung aktiv politische Prozesse zu beeinflussen. Das wissenschaftliche und das publizistische Interesse an der Kleinpartei war bescheiden. Es wurde still um die Liberalen.

Seit der vierten Legislaturperiode scheint diese Durststrecke überwunden. Die Liberalen zogen 2004 mit 5,9 Prozent der Stimmen nach zehnjähriger außerparlamentarischer Arbeit wieder in den Landtag ein und waren mit sieben Abgeordneten in Fraktionsstärke vertreten. In der Landtagswahl von 2009 verbesserte die Partei ihr Ergebnis auf 10,0 Prozent, und sie stellt zum ersten Mal zusammen mit den Christdemokraten die Regierung in Sachsen. Nicht nur die Erosion traditioneller Wählermilieus lässt Stimmenanteile frei werden, die, sofern sie nicht von der Linken oder den Piraten absorbiert werden, zu Gewinnen bei der FDP und den Grünen führen.¹ Die Kleinparteien gestalteten mit ihrer Rückkehr die überkommene Parteienstruktur im sächsischen Landtag neu. Das traditionelle Parteiensystem Sachsens, das von 1994 bis 2004 durch eine Drei-Parteien-Konstellations² geprägt war, weist nun eine höhere Parteivielfalt auf, welche die Macht symmetrisch verteilt und langfristig neue Politikoptionen ermöglicht.

Um diesen Prozess der Fragmentierung³ des Parteiensystems, den sich wandelnden Parteienwettbewerb und die neuen politischen Konstellationen in Sachsen angemessen erfassen zu können, sollte die Parteienanalyse die über acht Jahre nicht etablierten Kleinparteien, insbesondere die in gouvernementaler Verantwortung stehende FDP analysieren. Dies ist eine Forderung, die nicht nur aufgrund der mangelhaften Darstellung der liberalen Partei seit 1994 Relevanz besitzt. Die FDP vermag in den Landtagswahlen mit weniger Animositäten als bei einer Koalition der CDU mit der SPD oder den Grünen zum Königsmacher der Christdemokraten avancieren. Diese Rolle kann das Pendant, die Grünen, nicht ausfüllen, da sich deren Partner, die SPD, im ehemaligen Stammland der Arbeiterbewegung nicht wieder zur Großpartei entwickelte. Eine Zusammenarbeit der FDP mit der SPD und den Grünen ist bei ausreichender Kongruenz der Parteiideologien wäre zumindest theoretisch denkbar – etwa wie sie Stolpe von 1990 bis 1994 in Brandenburg bereits praktizierte. Die vielfältigen Interaktionsmöglichkeiten sichern somit die Wettbewerbsposition der FDP innerhalb des

¹ Vgl. Uwe Jun/Henry Kreikenbom: Nicht nur im Schatten der Macht. Zur Situation kleiner Parteien im deutschen Parteiensystem, in: Dies./Viola Neu (Hrsg.): Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft, Frankfurt am Main 2006, S. 16.

² Vgl. Ursula Birsl/Peter Lösche: Parteien in Ost- und Westdeutschland. Der gar nicht so feine Unterschied, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 2, Jg. 29 (1998), S. 7-16.

³ Vgl. Oskar Niedermayer: Zur systematischen Analyse der Entwicklung von Parteiensystemen, in: Oscar W. Gabriel/Jürgen W. Falter (Hrsg.): Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien, Frankfurt am Main 1996, S. 19f.

Parteiensystems⁴, indem sie ihre traditionelle „Mehrheitsbeschaffungsfunktion“ wahrnehmen kann oder alternativ Mehr-Parteien-Koalitionen ermöglicht. Anders als die in Sachsen dominante Volkspartei⁵ CDU ist die FDP ein strategischer Spieler, der im Prozess der politischen Willensbildung berücksichtigt und für diese Zwecke untersucht werden sollte. Eine Analyse der FDP Sachsens beseitigt weiße Flecken in der Bibliographie der Liberalen in den neuen Bundesländern und ermöglicht im Anschluss vergleichende Untersuchungen zur Entwicklung der Parteistrukturen der FDP zwischen den Bundesländern.

1.2. Problemstellung

Die Arbeit setzt sich zum Ziel, die FDP Sachsens zu analysieren und ein Bild der Kleinpartei anzufertigen, um sie als politischen Akteur innerhalb des sich wandelnden Parteiensystems Sachsens einordnen zu können. Die Leitfrage der Analyse lautet: Hat sich die FDP seit der Wiedervereinigung im Parteiensystem Sachsens etablieren können? Um diese Fragestellung operationalisieren und beantworten zu können, werden die Wahlergebnisse, die Parteiorganisation, die Politikinhalte und die Parteistrategie als Analysekatégorien untersucht.

Aktive politische Parteiarbeit und eine damit bezweckte Gestaltung politischer Inhalte bedingen eine Parteiorganisation, die effizient agiert. Es gilt zu fragen, wie sich die Organisation der sächsischen FDP seit 1990 entwickelt hat. Ist es der Partei gelungen, die ihr in den neunziger Jahren attestierten Mängel in Organisation und Flexibilität⁶ zu beheben und ein funktionales politisches Netzwerk zu errichten? Wie setzt sich die Wähler- und Mitgliederstruktur zusammen? Ist die Mitglieder- und Organisationsdichte seit den 1990er Jahren gestiegen? Konnte sich die Parteiorganisation gemäß der Erfordernisse und Ansprüche ihrer Mitglieder ausprägen und Untergliederungen sowie Vorfeldorganisationen schaffen?

Thematische Aktualität und die Fähigkeit, auf wählerspezifische Probleme zu reagieren, sind essentiell für das Überleben einer Partei. Hat es die FDP verstanden, die Probleme der von ihr vertretenen Klientel zu erkennen, mit programmatischen Konzepten darauf zu reagieren und sich als deren Sprachrohr zu etablieren? Welche Themen machen sie für andere Parteien zu einem Koalitionspartner? Waren und sind Politikinhalte zugunsten taktischer Vorteile disponibel?

Neben den Politikinhalten und der programmatischen Arbeit, die besonders während der Wahlphasen von Bedeutung sind, sichert vor allem die richtige Strategie den Erfolg einer Partei. Welches Verhalten legte die Landtagsfraktion bei Abstimmungen an den Tag? Besitzt die politische Arbeit ausreichende Öffentlichkeitswirksamkeit, um in der Bevölkerung wahrgenommen zu werden? Wie gestaltete sich die Parteiarbeit während der Phasen, in denen die Partei nicht im Landesparlament vertreten war? Kann aus der Analyse geschlossen werden, dass der Partei durch organisches Wachstum und politische Basisarbeit der Wiedereintritt in den sächsischen Landtag gelungen ist?

⁴ Vgl. Theo Schiller: Stand, Defizite und Perspektiven der FDP-Forschung, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.): Stand und Perspektiven der Parteiforschung in Deutschland, Opladen 1993, S. 132.

⁵ Zur Kritik am Begriff vgl. Alf Mintzel: Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit. Ein Lehrbuch, Opladen 1984.

⁶ Vgl. Hans Vorländer: Die FDP. Entstehung und Entwicklung, in: Max Kaase/Andreas Eisen/Gabriel W. Oscar/Oskar Niedermayer/Hellmut Wollmann: Politisches System. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland, Opladen 1996, S. 121.

Da Sachsens Liberale in einem anderen soziologischen Milieu agieren als die Liberalen der alten Bundesländer⁷, gilt es zu fragen, ob es Merkmale gibt, welche die FDP Sachsens als Partei der neuen Bundesländer definieren. Bestehen Unterschiede in der Beschlusslage des Landesverbands im Vergleich zum Bundesverband? Und wenn ja: Wie sind diese zu werten? Gelang es der Partei nach den schlechten Ergebnissen in der Wahl 1994, sich an regionale Besonderheiten anzupassen?

Lassen sich diese thesenhaften Markierungen der Stellung und Probleme der Partei im politischen System durch Auswertungen der Wahlergebnisse verifizieren? In welchen Wahlkreisen besitzt die Partei besondere Stärke? Wie gestaltet sich die Beziehung der FDP zu den anderen Parteien und gibt es statistisch signifikante Verhaltensweisen der Wähler innerhalb des Parteiensystems? Kann die vermutete Verankerung der Partei in den Milieus und sozioökonomischen Gruppen wahlanalytisch nachgewiesen werden? Wie gestaltet sich die Sozialstruktur der Wählerschaft? Kann von der Erwerbs-, Alters- und Sozialstruktur auf bestimmte Dispositionen zur Wahl der FDP geschlossen werden? Ist die Parteiorganisation ein wesentlicher Faktor für die Wahlerfolge?

1.3. Forschungsstand

Während die bundesdeutsche Entwicklung⁸, Organisation⁹ und Strategie¹⁰ sowie die Wahlkämpfe¹¹ der FDP gut kommentiert sind, liegen Studien über die Liberalen in den Bundesländern bloß vereinzelt vor, was mit der „Berlin-Fixierung“¹² der Parteienforschung zu begründen sein mag. Eine Analyse der Historie der sächsischen FDP schließt Lücken in der Parteienforschung, denn die Schwerpunkte der politikwissenschaftlichen FDP-Analyse in den neuen Bundesländern liegen auf der Vorgeschichte der Partei während der „Wende“ und der ersten Legislaturperiode 1990 bis 1994. Spätere Betrachtungen zur sächsischen FDP behandeln die Partei im Rahmen des Parteiensystems – nicht als originäres Analyseobjekt.¹³ Untersuchungen, welche einzelne Parteien in den neuen Bundesländern in den Mittelpunkt rücken, betrachten die Hegemonialpartei CDU¹⁴, die in Sachsen nicht wieder erstarkte SPD und die im Mittelpunkt der Extremismus-Forschung stehende PDS¹⁵.

⁷ Vgl. Kai Arzheimer/Jürgen W. Falter: „Goodbye Lenin?“. Bundes- und Landtagswahlen seit 1990. Eine Ost- West-Perspektive, in: Jürgen W. Falter/Oscar W. Gabriel/Bernhard Weißels (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden 2005, S. 244ff.

⁸ Vgl. Heino Kaack: Die F.D.P. Grundriss und Materialien zu Geschichte, Struktur und Programmatik, Meißenheim am Glan 1979; Jürgen Dittberner: FDP – Partei der zweiten Wahl. Ein Beitrag zur Geschichte der liberalen Partei und ihrer Funktionen im Parteiensystem der Bundesrepublik, Opladen 1987; ders.: Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung, Wiesbaden 2005.

⁹ Vgl. Friedrich Henning: F.D.P. Die Liberalen. Portrait einer Partei, München 1982.

¹⁰ Vgl. Gerhard Rudolf Baum/Peter Juling: Auf und Ab der Liberalen, Gerlingen 1983.

¹¹ Vgl. Marco Michel: Die Bundestagswahlkämpfe der FDP 1949 – 2002, Wiesbaden 2005.

¹² Vgl. Herbert Schneider: Parteien in der Landespolitik, in: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss: Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn 1997, S. 407.

¹³ Vgl. Gero Neugebauer: Das Parteiensystem Sachsens, in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 387-408.

¹⁴ Vgl. Jürgen Maier/Karl Schmitt: Stabilität und Wandel der Wählerstruktur in Ostdeutschland, in: Frank Brettschneider/Jan van Deth/Edeltraud (Hrsg.): Das Ende der politisierten Sozialstruktur?, Opladen 2002, S. 81-108.

¹⁵ Vgl. Tim Spier u. a.: Die Linkspartei: Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007; Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang: Die Linke – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008.

Der Konstitutionsphase der liberalen Partei in den neuen Bundesländern im Zuge der Verschmelzung der FDP der DDR, der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands (LDPD), der Deutschen Forum Partei (DFP) und der FDP der Bundesrepublik schenkt Linnemann¹⁶ in seinem Band Aufmerksamkeit, in dem er die Verhandlungen der Gremien west- und ostdeutscher Parteien im Vereinigungsprozess nachzeichnet. Eine Darstellung und Analyse des Fusionsprozesses in Sachsen liegt nicht vor. Während Bernd und Jansen¹⁷ sowie Marcowitz¹⁸ die bundesdeutsche FDP-Perspektive dieses Prozesses beleuchten, bietet Bochmann¹⁹ einen knappen Einblick in die Organisationsstrukturen der ostdeutschen respektive sächsischen Parteiorganisation der Anfangsjahre nach dem Zusammenbruch der DDR und der Fusion mit den anderen liberalen Parteien. Mit der Parteibildung während des Interims beschäftigt sich Vorländer²⁰, dem dabei das Verdienst zukommt, die Parteientwicklung in Phasen gegliedert zu haben. Die Frage, ob es in Sachsen liberale Traditionen gibt, an welche die FDP nach 1990 anknüpfen konnte²¹, ist hingegen neu zu stellen, da sie von verschiedenen Autoren unterschiedlich beantwortet wurde.²²

Ausführungen über die Verankerung der Partei und wahlprägende sozialstrukturelle und sozio-ökonomische Determinanten der ersten Legislaturperiode finden sich bei Schiller und Weinbach²³ sowie bei Karl Schmitt²⁴. Die Verankerung der Partei in der ostdeutschen Wählerschaft nach dem Landtagswahldebakel zu Beginn der zweiten Legislaturperiode in den neuen Ländern bieten Falter und Winkler, die eine existenzgefährdend schwach ausgeprägte strukturelle Bindung in der Gesell-

¹⁶ Vgl. Rainer Linnemann: Die Parteien in den neuen Bundesländern. Konstituierung, Mitgliederentwicklung, Organisationsstrukturen, Münster 1994, S. 88ff.

¹⁷ Vgl. Rolf Berndt/Silke Jansen: Organisationsprobleme und Organisationserfolge aus Sicht der F.D.P., in: Frank Löbler/Josef Schmidt/Heinrich Tiemann (Hrsg.): Wiedervereinigung als Organisationsproblem. Gesamtdeutsche Zusammenschlüsse von Parteien und Verbänden, Bochum 1991, S. 66-76.

¹⁸ Vgl. Reiner Marcowitz: Reformkraft oder "Blockflöte"? Das Bild der LDPD und ihres Vorsitzenden in der FDP während der "Wende" 1989/1990, in: Friedrich Naumann Stiftung (Hrsg.): Jahrbuch für Liberalismusforschung, Band 14, Baden-Baden 2002, S. 219ff.

¹⁹ Vgl.: Peter Andreas Bochmann: Strukturen in der F.D.P. Sachsen, in: Josef Schmid/Frank Löbler/Heinrich Tiemann (Hrsg.): Probleme der Einheit. Organisationsstrukturen und Probleme von Parteien und Verbänden, Marburg 1994, S. 39ff.

²⁰ Vgl. Vorländer: Die FDP, in: Kaase u.a. 1996, S. 114ff.

²¹ Vgl. Thomas Pfau: Aspekte der Entwicklung liberaler Kräfte in der DDR vom Herbst 1989 bis zum Herbst 1990, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Opladen 1994, S. 105; Tobias Dürr: "Hochburg der Demokratie" zwischen Weimarer Republik und Einheitssozialismus. Liberal-demokratisches Milieu in Zittau, in: Hans Georg Fleck/Jürgen Frölich/Beate Carola Padtberg/Holger Scheerer (Hrsg.): Jahrbuch zur Liberalismusforschung, Bd. 6, Baden-Baden 1994, S. 35ff.

²² Vgl. Roland Höhne: Von der Wende zum Ende. Die NDPD während des Demokratisierungsprozesses, in: Niedermayer/Stöss 1994, S. 113.

²³ Vgl. Theo Schiller/Kerstin Weinbach: Die FDP. Wahlen und Wähler, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.): Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland, Opladen 1996, S. 135-150.

²⁴ Vgl. Karl Schmitt: Die Landtagswahl 1994 im Osten Deutschlands. Früchte des Föderalismus: Personalisierung und Regionalisierung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 2, Jg. 26 (1995), S. 281.

schaft konstatieren.²⁵ Einen kurzen Beitrag über die strukturelle Verankerung in der vierten Legislaturperiode bietet Jandura.²⁶ Zur Parteiorganisation finden sich Ausführungen bei Patzelt und Algasinger²⁷, welche die FDP im Zuge der Analyse des sächsischen Parteiensystems der Wendezeit erforschen. Vorländer kommt in seiner Untersuchung zur Organisation der FDP zum gleichen Ergebnis wie Patzelt und Algasinger, wenn er konstatiert, dass der Parteiapparat unzureichend organisiert und schlecht finanziert sei.²⁸ Fraglich bleibt, ob Unterschiede zur Parteiorganisation der westdeutschen FDP bestehen, beispielsweise im Aufbau und in der Gliederungstiefe der Parteistruktur, der Finanzierung des Parteiapparates und des Selbstverständnisses als Wähler- oder Mitgliederpartei. Unkommentiert und wenig detailliert stellen sich die Entwicklung der Parteiorganisation und die Analyse ihrer Effektivität und Effizienz seit 1995 dar, da das Auflisten der Mitgliederzahlen allein nicht die tatsächliche Wirkungsmacht einer Partei widerspiegelt.²⁹

Die Quellen zur programmatischen Entwicklung der Partei sind schlecht erschlossen. Das dürfte nur zum Teil durch das Desinteresse aufgrund der langen Abwesenheit der FDP vom politischen Parkett des Landtages zu erklären sein. Vielmehr ist dieses mangelnde Interesse an der Programmatik mit dem ideologischen Vorurteil zu erklären, das in weiten Teilen der Gesellschaft gegenüber der FDP anzutreffen ist. Die Partei wird als Steuersenkungs-, Wirtschafts- und in der Kulmination als „Besserverdienerpartei“ wahrgenommen und ist in den Augen ihrer Betrachter damit hinreichend beschrieben – eine differenzierte Analyse der Programmatik der FDP besitzt wenig Relevanz.³⁰ Dieses stark durch die Bundespolitik geprägte Urteil muß nicht für eine Landesgliederung zutreffen, weshalb ein Abriss der Programmatik neue Erkenntnisse hervorbringen kann. Denn er wird Antworten auf die Fragen geben, wie sich Sachsens FDP programmatisch zur Bundes-FDP positioniert, welche Inhalte die Partei nach dem Einsturz in den Wahlergebnissen 1994 in den Vordergrund rückte und welche Aussagen die FDP zum Koalitionspartner für andere Parteien macht. Als Ausgangspunkt der programmatischen Analyse dient die Arbeit Brümmers über das Parteiensystem in Sachsen³¹, welche die programmatischen Parteipositionen der FDP der vergangenen vier Landtagswahlkämpfe nachzeichnet. In Brümmers Arbeit stehen jedoch CDU, SPD und PDS im Mittelpunkt, während die Analyse der beiden Kleiparteien am Rand auftaucht.

Die Debatte um die Bestimmungsfaktoren der Wahlergebnisse der Landtagswahlen in Sachsen ist nicht abgeschlossen und sollte fortgeführt werden.³² Im Hinblick auf die strategischen Positionen der Partei in den kommenden Legislaturperioden besitzt die Frage Relevanz, ob exogene, in diesem Fall bundespolitische, oder endogene, d.h. von der FDP Sachsen lancierte, Politikinhalt die bisherigen

²⁵ Vgl. Jürgen W. Falter/Winkler, Jürgen R.: Die FDP vor dem Aus? Anmerkungen zum Niedergang und den Überlebenschancen der FDP, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6, Jg. 44 (1996), S. 45-53.

²⁶ Vgl. Olaf Jandura: Die FDP in Sachsen, in: Christian Demuth (Hrsg.): Parteien in Sachsen, Berlin 2006, S. 171-186.

²⁷ Vgl. Werner J. Patzelt/Karin Algasinger: Das Parteiensystem Sachsens, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.): Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland. Beiträge zu den Berichten zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland, Opladen 1996, S. 245ff.

²⁸ Vgl. Vorländer: Die FDP, in: Kaase u.a. 1996, S. 121.

²⁹ Vgl. Oskar Niedermayer: Parteimitgliedschaften im Jahre 2005, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 2, Jg. 37 (2006), S. 376ff.

³⁰ Vgl. Linnemann 1994, S. 251.

³¹ Vgl. Ulrich H. Brümmer: Parteiensystem und Wahlen in Sachsen. Kontinuität und Wandel von 1990–2005 unter besonderer Berücksichtigung der Landtagswahlen, Wiesbaden 2006.

³² Vgl. Kai-Uwe Schnapp: Landtagswahlen und Bundespolitik. Immer noch eine offene Frage? Neue Antworten im Ländervergleich auf Aggregatbasis, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 3, Jg. 38 (2007), S. 464ff.

Wahlergebnisse bestimmten. Dabei wurde den exogenen Determinanten häufig der Vorzug gegeben. Dies gilt für die Wahlen 1990, bei denen der Genscher-Bonus³³ als Vehikel für den Wahlsieg der FDP diente. Dies gilt ebenso für die Wahlergebnisse 1994 und 1998, die durch das Bundesimage der FDP als „Partei der Besserverdiener“³⁴ bestimmt wurden und für die Wahlen 2004, in denen der Wähler den sozialpolitischen Maßnahmen der rot-grünen Bundesregierung besondere Bedeutung beimaß.³⁵ In einem differenzierenden Artikel untersucht Mays³⁶ mittels logistischer Regression die landes- bzw. bundespolitische Fixierung der Wähler bei den Landtagswahlen in Sachsen und weist eine latente landespolitische Motivation der Wähler von CDU sowie PDS und eine bundespolitische Fixierung der Wähler der SPD nach. Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangt Schnapp, wenn er über die Bestimmungsfaktoren der Wahlergebnisse in Sachsen ausführt, dass „bundespolitische Ereignisse [...] einen Effekt auf Verschiebungen der Stimmanteile an den Rändern [haben], die Basisgröße der Wählerblöcke [...] aber unabhängig von aktuellen Ereignissen durch Merkmale der Landesebene bestimmt [werden]“³⁷. Die Wählerschaft der FDP wurde von Mays nicht unter die Lupe genommen, und Schnapp konzentriert sich auf die Wähler der CDU, so dass eine Analyse der sächsischen FDP-Wähler aussteht.

Die Analysekategorie „Parteistrategie und Taktik“ ist wenig untersucht. Jesse streift die Positionen der Partei im Rahmen seiner regelmäßigen Landtagswahlanalysen.³⁸ Eine Überblicksarbeit der Parteiarbeit der FDP in Sachsen, wie sie für die FDP-Landesverbände Sachsen-Anhalts³⁹, Hessens⁴⁰, Berlins⁴¹, Nordrhein-Westfalens⁴², und die an gouvernementalen Entscheidungen beteiligten Land-

³³ Vgl. Brümmer 2006, S. 101.

³⁴ Vgl. Franz Walter: Die Bonner Parteien auf dem Weg in die Berliner Republik. Politische Kolumnen, Hamburg 1998, S. 150.

³⁵ Vgl. Astrid Pawasser: Die Bundespolitik bestimmt den Wahlkampf, in: Das Parlament vom 23. August 2004.

³⁶ Vgl. Anja Mays: Landtagswahlen in Sachsen 1994 bis 2004. Stärkere Landes- als Bundesinflüsse, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 3, Jg. 38 (2007), S. 573ff.

³⁷ Kai-Uwe Schnapp: Landtagswahlen und Bundespolitik. Immer noch eine offene Frage? Neue Antworten im Ländervergleich auf Aggregatbasis, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 3, Jg. 38 (2007), S. 473f.

³⁸ Vgl. Eckhard Jesse: Die Landtagswahl in Sachsen. Triumphale Bestätigung der CDU, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 1, Jg. 31 (2000), S. 69ff.; ders.: Die sächsische Landtagswahl vom 19. September 2004. Debakel für CDU und SPD gleichermaßen, in: ebenda, H. 1, Jg. 36 (2005), S. 84; ders.: Die Landtagswahlen in den neuen Bundesländern 1990 bis 2004, in: Deutschland Archiv, H. 3, Jg. 37 (2004), S. 952ff.; ders.: Die sächsische Landtagswahl vom 30. August 2009: Sachsens Vorreiterrolle für den Bund, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 2, Jg. 41 (2010), S. 322ff.

³⁹ Vgl. Sebastian Putz: Die Landesregierung als Zentrum politischer Steuerung, in: Everhard Holtmann (Hrsg.): Die Landespolitik Sachsen-Anhalts. Ein Handbuch, Opladen 1997, S. 83ff.

⁴⁰ Vgl. Dittberner 2005, S. 186ff.

⁴¹ Vgl. ebenda, S. 142ff.

⁴² Vgl. Gerhard Papke: Unser Ziel ist die unabhängige FDP. Die Liberalen und der Machtwechsel in Nordrhein-Westfalen 1956, Baden-Baden 1992; Friedrich Henning: 25 Jahre FDP in Nordrhein-Westfalen. Die Entstehung der Partei. Rückblick auf 1945/46, in: Das Rathaus: Zeitschrift für Kommunalpolitik, H. 5, Jg. 24 (1971), S. 113-119; Lothar Albertin: Die FDP in Nordrhein-Westfalen. Portrait einer fleißigen Partei, in: Ulrich v. Alemann (Hrsg.): Parteien und Wahlen in Nordrhein-Westfalen, Köln 1985, S. 121ff.

tagsfraktionen in den neuen Bundesländern⁴³ oder die thüringische FDP⁴⁴ und die Liberalen Mecklenburg-Vorpommerns⁴⁵ vorliegen, findet sich nicht.

Für einen prägnanten allgemeinen Überblick über den Nutzen statistischer Software und die Lösung von statistischen Fragestellungen mit SPSS bietet sich die Literatur von Janssen und Laatz, Brosius sowie Landau und Everitt an.⁴⁶ Am Beispiel Heberles⁴⁷ lässt sich ein Überblick gewinnen, wie Aggregatdaten für die Bestimmung von Wahlverhalten durch die Korrelationsanalyse nutzbar gemacht werden können. Diesen Weg beschreitet auch Setzer⁴⁸ für die Analyse des Wahlverhaltens der Unterhauswahlen in England. Neuere Untersuchungen über die Verankerung von CSU und SPD in der Wählerschaft Bayerns verwenden die Korrelationsanalyse ebenfalls.⁴⁹ Eine spezifische Anwendung der Korrelations- und Regressionsanalyse für die Determinanten des Wählerverhaltens in Sachsen-Anhalt bietet Eith.⁵⁰ Für Sachsen hat Neu⁵¹ seit 1999 Wahlanalysen gefertigt, die auf das Zahlenmaterial der Umfragegesellschaft Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen zurückgreifen. Statistische Auswertungen erfolgen im Rahmen dieser Analysen jedoch nicht.

1.4. Aufbau

Die Arbeit gliedert sich in elf Kapitel. Im Vorfeld der Untersuchung klärt das zweite Kapitel innerhalb des theoretischen Bezugsrahmens grundlegende Begriffe, die in der Analyse Anwendung finden. Mit der Definition des zentralen Begriffs Partei, der sich in Organisation, Programmatik und Strategie gliedert, errichtet die Analyse das theoretische Gerüst, welches für die Untersuchung des Akteurs FDP im politischen System genutzt wird. Daran anschließend listet das Kapitel die Kriterien auf, welche nicht etablierte Parteien auszeichnen und welche Anforderungen und Bedingungen zu

⁴³ Vgl. Sebastian Putz: Macht und Ohnmacht kleiner Koalitionspartner. Rolle und Einfluss der FDP als kleine Regierungspartei in vier ostdeutschen Landesregierungen (1990-1994), Baden-Baden 2008.

⁴⁴ Vgl. Ronny Uhlemann: Die Entwicklung der FDP in Thüringen nach 1989/90. Der Beitritt der LDPD zur gesamtdeutschen F.D.P. und die Mitgliederentwicklung Anfang der Neunziger Jahre, Saarbrücken 2008.

⁴⁵ Vgl. Nikolaus Werz/Hans Jörg Hennecke: Die F.D.P. in Mecklenburg-Vorpommern, in: dies. (Hrsg.): Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, München 2000, S. 140-159.

⁴⁶ Vgl. Jürgen Janssen/Wilfried Laatz: Statistische Datenanalyse mit SPSS für Windows. Eine anwendungsorientierte Einführung in das Basissystem und das Modul Exakte Tests, Berlin u.a. 1997; Felix Brosius: Datenanalyse mit SPSS, Hamburg 1998; Sabine Landau/Brian S. Everitt: A Handbook of Statistical Analysis using SPSS, Boca Raton 2004; George Argyrous: Statistics for Research, London 2005.

⁴⁷ Vgl. Rudolf Heberle: Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 bis 1932, Stuttgart 1963.

⁴⁸ Vgl. Hans Setzer: Determinanten der Wahlentscheidung. Eine politikwissenschaftlich-statistische Analyse der Unterhauswahlen in England und Wales zwischen den Weltkriegen, Frankfurt am Main 1974.

⁴⁹ Vgl. Susanne Koch: Parteien in der Region. Mitglieder, Wahlergebnisse, Parteienstruktur. Eine Zusammenhangsanalyse von lokaler Mitgliederpräsenz, Wahlergebnis und Sozialstruktur, Opladen 1994.

⁵⁰ Vgl. Ulrich Eith: Wählerverhalten in Sachsen-Anhalt. Zur Bedeutung sozialstruktureller Einflussfaktoren auf die Wahlentscheidungen 1990 und 1994, Berlin 1997.

⁵¹ Vgl. Viola Neu: Landtagswahl in Sachsen am 19. September 2004. Wahlanalyse, Berlin 2004.

erfüllen sind, so dass sich eine Partei in einem politischen System verankert.⁵² Neben der Abgrenzung von etablierten zu nicht etablierten Parteien in der Bundesrepublik Deutschland gilt es im Anschluss zu unterscheiden zwischen den verwandten Konzepten der Kleinpartei und der nicht-etablierten bzw. etablierten Partei. Abschließend erfolgt die spezifische Lokalisierung der FDP in der relevanten Ebene eines politischen Mehrebenensystems. Die Kriterien der Parteietablierung und verschiedenen Konzepte bilden die Vorstufe zum analytischen Konstrukt, welches in dieser Arbeit benutzt wird und als Prüfuschablone für die Entwicklung der sächsischen FDP dient. Diese Prüfuschablone behandelt der letzte Unterabschnitt des zweiten Kapitels.

Das dritte Kapitel zeigt die Entwicklung der Vorgängerpartei der jetzigen Liberalen in der ehemaligen Besatzungszone und der DDR auf. Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches konnten die politischen Aktivisten um Külz nicht an die Parteiorganisationen aus der Zeit vor der politischen Gleichschaltung durch die Nationalsozialisten anknüpfen. Der Rückblick stellt die Bemühungen um die Neugründung einer liberalen Partei, den Kampf gegen den Hegemonialanspruch der SED sowie die Integration der LDPD in das Blockparteiensystem der DDR dar.

Die Konstitution der sächsischen FDP während der Interimsjahre 1989/90 steht im Mittelpunkt des vierten und fünften Kapitels. Nach dem Rückblick auf die Funktion und Integration der Vorgängerorganisation LDPD im Blockparteiensystem der DDR stellt das Kapitel den Fusionsprozess der FDP in Sachsen dar. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass die Gründung der FDP in Sachsen keine Neugründung war, sondern das Ende der Verschmelzung zweier alter und zweier neuer Parteien markierte. Der anschließende Abschnitt zeichnet die Prozesse der Parteigründung nach. Die Analyse unterscheidet zwischen der in der Forschung vielfach in den Mittelpunkt gerückten Bundesebene und der nicht untersuchten sächsischen Landesebene.

Die folgenden fünf Kapitel behandeln die Aktionen des politischen Akteurs von 1990 bis 2009. Sie gliedern sich gemäß der Chronologie der Legislaturperioden des sächsischen Landtags. Die innere Systematik der Kapitel ordnet sich entlang der Fragestellungen des Untersuchungskatalogs. Dieser Aufbau gewährleistet einerseits, die Entwicklung der Partei deskriptiv-empirisch darstellen zu können, andererseits werden Vergleiche einzelner Perioden untereinander ermöglicht. Das jeweils erste Unterkapitel beschäftigt sich mit den Ergebnissen der Wahl zu Beginn der jeweiligen Legislaturperiode. In diesem Unterkapitel werden die für die Etablierung relevanten wahlstatistischen Ergebnisse erörtert. Es handelt sich um die Beziehungen zwischen den Parteien im Parteiensystem, die regionalen Hochburgen und Diasporagebiete sowie die Unterschiede von Stadt- zu Landregionen. Als statistische Zusammenhänge werden die Korrelationskoeffizienten zwischen sozialstrukturellen und sozioökonomischen Variablen und dem Wahlergebnis der Freidemokraten errechnet, die Aufschluss über die Verankerung der Partei in den gesellschaftlichen Schichten geben sollen. Auf diese Art lassen sich die Bestimmungsfaktoren der Wahlergebnisse herleiten. Die quantitative Analyse findet Ergänzung durch qualitative Überlegungen, welche die Maßzahlen in die hypothetischen Überlegungen einbindet und hilft, diese zu verifizieren oder zu widerlegen. Das zweite Unterkapitel behandelt die organisatorische Entwicklung. In diesem wird die inner- und außerorganisatorische Entwicklung sowie die Gliederungstiefe und Organisations- und Mitgliederdichte behandelt. Das dritte Unterkapitel beleuchtet jeweils die Programmatik der FDP in Sachsen. In diesem Kapitel werden stets dieselben Politikfelder untersucht, um so die Entwicklung der programmatischen Konzeption zu den jeweiligen Politikfeldern in den vier Legislaturperioden nachzeichnen zu können. Mit der konkreten Arbeit der FDP im politischen Alltag beschäftigt sich jeweils das vierte Unterkapitel. Dort wird die Strategie der Partei dargelegt, ihre Agitation beschrieben und das Verhältnis der sächsischen Untergliederung zum Bundesverband analysiert. Im siebenten, zehnten und elften Kapitel betrachtet ein fünftes Unterkapitel die Arbeit der Partei im Parlament. Diese Betrachtung beschränkt

⁵² Vgl. Andreas Schulze: Kleinparteien in Deutschland. Aufstieg und Fall nicht etablierter politischer Vereinigungen, Wiesbaden 2004, S. 41 ff; und Richard Stöss (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. 1, Opladen 1983, S. 28.

sich aufgrund der zehnjährigen Abwesenheit der FDP im sächsischen Landesparlament auf die erste, vierte und fünfte Legislaturperiode. Jedes der vier Kapitel endet mit einem Fazit, das die Kriterien der Parteietablierung auflistet und mit einer Wertung schließt.

Um das Profil der sächsischen FDP schärfer zu konturieren und den Prozess der Etablierung besser einschätzen zu können, betrachtet das zwölfte Kapitel die anderen fünf Landesverbände der neuen Bundesländer. Den neuen Landesverband Berlin betrachtet dieses Kapitel ebenfalls, obwohl er durch den Zusammenschluss einer ehemaligen LDPD-Gliederung und eines alteingesessenen FDP-Landesverbandes einen Sonderfall bildet. Der Schwerpunkt des neunten Kapitels liegt auf dem Abriss der historischen Entwicklung, so dass die anderen Landesgliederungen qua Vergleich Auskunft über die Qualität des sächsischen Landesverbandes geben können. Das Analyseraster für die Überblicksdarstellung der ostdeutschen Landesverbände ist eine verknäppte Version der Analyse-schablone für den sächsischen Landesverband. Eine umfassende Darstellung kann an dieser Stelle nicht geleistet werden.

Das Fazit im 11. Kapitel verdichtet die in den Kapiteln sechs bis zehn gewonnenen Erkenntnisse. Die innere Systematik des Kapitels entspricht der Gliederung der Analysekapitel. Es behandelt die wahlanalytische, organisatorische, programmatische und strategische Entwicklung der Partei in der Zeit von 1990 bis 2009 und fasst die Ergebnisse der Zwischenfazite der Kapitel sieben bis elf zusammen. Ein fünftes Unterkapitel grenzt die Gesamtentwicklung der sächsischen FDP von der Entwicklung der Freidemokraten in Nordrhein-Westfalen ab. Nachdem im zwölften Kapitel der Vergleich mit den anderen ostdeutschen Landesverbänden durchgeführt wurde, eruiert diese Gegenüberstellung mit einem Verband aus den alten Bundesländern die spezifische Qualität der sächsischen Gliederung im Ost-West-Vergleich.

2. Theoretischer Bezugsrahmen

2.1. Parteidefinition

Parteien können als universelle Phänomene bezeichnet werden. Sie finden sich in verschiedenster Ausprägung sowohl entlang der historischen Entwicklungslinie menschlicher Gemeinwesen als auch – innerhalb einzelner geschichtlicher Phasen – entlang der typologischen Abgrenzungslinie politischer Systeme. Parteien stellen damit wandlungsfähige Entitäten dar, die sich in traditionellen, charismatischen oder bürokratischen Herrschaftsformen an demokratische, autokratische und totalitäre Strukturen anpassen.

Ihre spezifische Konstitution und Funktionsweise ist jeweils abhängig von ihrer Systemumwelt, die sich unmittelbar als Parteiensystem und mittelbar als politisches System darstellt. Die in der Literatur getroffene Feststellung, Parteien seien definitorisch nicht zu erfassen, ergibt sich aus dem Umstand, dass ihre funktional bestimmte Morphologie vom jeweiligen Parteien- und politischen System abhängig ist. Eine allgemeine und abstrahierende Begriffsbestimmung wäre „wenig aussagefähig und die damit verbundene Ausklammerung der Ebene des Parteiensystems ein zu hoher Preis.“⁵³

Um Parteien der politikwissenschaftlichen Analyse zu öffnen, ist jedoch ein Arbeitsbegriff nötig, der eine Definition der Partei zur Grundlage hat. Für die Zwecke der Analyse bedarf es einer Begriffsbestimmung mittlerer Reichweite. Diese genügt zwar nicht dem Anspruch, das Wesen der Parteien allgemein in allen politischen Systemen zu erfassen. Sie kann aber innerhalb abgesteckter Grenzen ausreichend abstrahieren, um alle Parteien, die sich in diesen definierten Grenzen befinden, unter ihrer Begrifflichkeit zu subsumieren.

Die Grenzen der für diese Arbeit zweckmäßigen Begriffsbestimmung sind historisch und territorial gesteckt durch die politischen Systeme der modernen westlichen Industriestaaten, in denen Parteien als Akteure in parlamentarischen Demokratien auftreten. Diese politischen Systeme benötigen und erzeugen eine spezifische Form von Parteien, die als „moderne Parteien“ bezeichnet werden können. „England, das Ursprungsland des Parlamentarismus, hat auch die frühesten Formen der modernen Parteien hervorgebracht.“⁵⁴

Parteien sind Bestandteil der politischen Systeme der parlamentarischen Demokratien, und ihre Funktionalität ergibt sich aus der Logik dieser Systeme. Parlamentarische Demokratien sind Herrschaftsformen, die sich gemäß der Bedingungen der kapitalistischen Industriegesellschaft entwickelten. Die Funktionsweise und die Struktur der modernen Industriegesellschaft prägen die Eigenschaften der modernen Parteien. Sie sind zwar Variablen des Parlamentarismus. „The essence of parliament is party.“⁵⁵ Sie reduzieren sich aber nicht allein auf abhängige Größen des politischen Systems. Parteien sind als Teile des politischen Systems und gleichzeitig – in Interdependenz – als Bestandteile und Ausdruck jener gesellschaftlichen Strukturen zu verstehen, auf denen diese Systeme basieren.

⁵³ Peter Haungs/Ernst Benda/Hans H. v. Arnim: Politische Parteien, in: Görres Gesellschaft (Hrsg.): Staatslexikon, Bd. 4, Freiburg im Breisgau 1988, S. 471.

⁵⁴ Konrad Hesse: Politische Parteien, in: EvStL, Bd. 2, Stuttgart 1987, S. 2434.

⁵⁵ Zitiert nach: Robert Garner/Richard N. Kelly: British political parties today, New York 1998, S. 1.

Trotz ihres verfassungsmäßigen Auftrags und ihrer Verankerung in den staatlichen Strukturen⁵⁶ stellen Parteien extrakonstitutionelle Gebilde⁵⁷ dar.

Es gilt, zwischen der materiellen und ideellen Verfasstheit der Parteien zu unterscheiden und ihre systemische Funktionalität zu bestimmen, um eine Begriffsbestimmung vorzunehmen. Die materielle Verfasstheit umfasst die Struktur und den Aufbau der Gebilde. Die ideelle Verfasstheit bezieht sich auf ihre Inhalte und Doktrinen. Die Funktionalität beschreibt das Wirken der Gebilde innerhalb des politischen Systems.

In ihrem materiellen Aufbau zeichnen sich Parteien durch dauerhafte organisatorische Strukturen aus. Epsteins Definition der Partei als jedwede Gruppe unter einem einheitlichen Namen, die – wie auch immer organisiert – sich zum Ziel gesetzt hat, Personen in Regierungsverantwortung zu bringen,⁵⁸ betont zu wenig den Organisationscharakter von Parteien. Parteien sind Akteure im politischen System, die mit Permanenz und Kontinuität aufwarten und sich von ihrer Systemumwelt abgrenzen – auch wenn diese Grenzen verwischen. Als eigenständige Subsysteme verfügen sie über hierarchische oder heterarchische Strukturen. Eine Definition der Partei als „jede Gruppe, die Personen in Regierungsämter bringen will“ trifft ebenso auf Wahlkampfbündnisse zu und erfasst nicht den spezifisch organisatorischen Charakter der politischen Parteien.

Der gesellschaftliche Charakter der Parteien manifestiert sich in ihren Organisationen, mit denen sie in der Gesellschaft verankert sind, personell integrieren und programmatisch selektieren sowie aggregieren. Die spezifische Ausprägung der Organisation ist abhängig von der jeweiligen Systemumwelt. Von der Frühphase der Entwicklung hin zu den modernen Parteien stellten die Organisationen Nuklei dar, die sich um Persönlichkeiten gruppierten. Vergleichsweise gering war die organisatorische Komplexität der Honoratiorenparteien. Mit der gesellschaftlichen Differenzierung Ende des 19. Jahrhunderts und der damit verbundenen Politisierung gewerkschaftlicher und religiöser Vorfeldorganisationen erhielten die Parteiorganisationen einen Schub in Richtung stärkerer Parteistrukturen⁵⁹. Den Abschluss der extensiven Phase bildete die organisatorische Anpassung der Parteien an die gesellschaftlichen Entwicklungen des 20. Jahrhunderts. In dem Maße, in dem die Parteien aufgrund von Wahlrechtsänderungen größere Teile der Bevölkerung als potentielle Wählerschaft gewannen, fächerten sie ihre Organisationen auf, um mehr Mitglieder zu integrieren und die sich differenzierenden Belange und Interessen der potentiellen Wähler zu absorbieren.⁶⁰ Die historische Entwicklung der Parteiorganisationen zu Bürokratien entspricht dabei der Entwicklung der Gesellschaft, welche sich durch Vermassung auszeichnet, und in der die Verbandsmaschinerien der Durchorganisation politischer Großgruppen dienen. „Modern wird eine Sache (auch eine Partei) erst im Übergang zur Maschine, d.h. hier durch einen, nach Grundsätzen rationaler Arbeitsteilung geordneten großbetrieblichen Werbemechanismus.“⁶¹ Den neueren Entwicklungen in den Parteiorganisationen folgend, ist es fraglich, ob eine Partei unbedingt einen komplexen Parteiapparat benötigt, oder ob nicht die Nutzung der modernen technischen Mittel in Verbindung mit staatlicher Finanzierung auch schlanke aber dennoch effiziente Organisationsstrukturen ermöglicht.⁶² Obwohl sich die Ansprüche an die Größe und interne Komplexität von Parteiorganisationen im Laufe der Zeit ändern, bildet die eigenständige und permanente Organisation ein konstitutives Element der politischen Parteien.

⁵⁶ Vgl. Gerhard Leibholz: Strukturprobleme der modernen Demokratie, Karlsruhe 1967, S. 91ff.

⁵⁷ Vgl. Rudolf Steininger: Soziologische Theorie der politischen Parteien, Frankfurt am Main 1984, S. 78.

⁵⁸ Vgl. Leon Epstein: Political Parties in Western Democracies, London 1980, S. 9.

⁵⁹ Vgl. Maurice Duverger: Die politischen Parteien, Tübingen 1959, S. 69ff.

⁶⁰ Vgl. Klaus von Beyme: Parteien in westlichen Demokratien, München 1984, S. 201.

⁶¹ Heinz Marr: Großstadtgeist und politische Lebensform, Hamburg 1927, S. 395.

⁶² Vgl. Elmar Wiesendahl: Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion, Wiesbaden 2006, S. 103ff.